

20.000 Euro für jeden 18-Jährigen? Ich ahne, wohin uns das führt




Den Vorschlag eines "Grunderbes" hat das „Wirtschaftsforschungsinstitut“ DIW ausgearbeitet.

IMAGO/Panthermedia

FOCUS-online-Gastautor **Rainer Zitelmann**(https://www.focus.de/politik/deutschland/rainer-zitelmann_id_11716949.html)

Mittwoch, 04.10.2023, 14:03(<https://www.focus.de/archiv/finanzen/04-10-2023/>)

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider (SPD), fordert ein so genanntes „Grunderbe“. Ich ahne schon, wohin es uns führt, wenn jeder 18-Jährige 20.000 Euro auf sein Bankkonto überwiesen bekommt.

Die mit einem  Symbol oder Unterstreichung gekennzeichneten Links sind Affiliate-Links. Kommt darüber ein Einkauf zustande, erhalten wir eine **Provision** - ohne Mehrkosten für Sie! **Mehr Infos**(https://www.focus.de/deals/faq-erloesmodelle-bei-focus-online_id_13469370.html)

Die **SPD**([organisationen/spd/](#)) ist bei jungen Menschen gar nicht attraktiv. Bei keiner Wählergruppe ist sie so unbeliebt wie bei den 18- bis 24-Jährigen. Bei der letzten Bundestagswahl wählten von den jungen Menschen gerade mal 15 Prozent SPD, bei den über 70-Jährigen waren es 35 Prozent.

Dass Parteien Wählerstimmen mit Wahlversprechen kaufen, ist nichts Neues. Aber so unverfroren, wie das die SPD im letzten Wahlkampf getan hat, hat es selten eine Partei gemacht. Sie erinnern sich bestimmt an die Plakate mit Olaf Scholz: „Jetzt 12 Euro Mindestlohn wählen“.

20.000 Euro für jeden zum 18. Geburtstag

Vielleicht sehen wir im nächsten Wahlkampf SPD-Politiker mit einem Schild: „20.000 Euro zum 18. Geburtstag“. Das hat jetzt der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider gefordert. Die Idee nennt sich „Grunderbe“. 20.000 Euro für jede und jeden zum 18. Geburtstag. Ein solches „Grunderbe“ könne dazu beitragen, „die Startchancen ins Berufsleben etwas gerechter zu gestalten“, so der SPD-Politiker.

Den Vorschlag hat das linke „Wirtschaftsforschungsinstitut“ DIW ausgearbeitet, das auf seiner Webseite schreibt:

„Bei vielen jungen Menschen stößt er (Schneider, R.Z.) mit dieser Initiative auf Begeisterung, die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker hingegen zeigt ihm die kalte Schulter. Dabei könnte ein Grunderbe vielen jungen Menschen neue Chancen und Freiheiten eröffnen, mehr Generationengerechtigkeit schaffen und sich letztlich selbst in finanziellen Gewinnen für den Staat niederschlagen. Denn ein Staat, der in die Fähigkeiten und Potenziale seiner jungen Bürgerinnen und Bürger investiert, trifft die beste Entscheidung, die er treffen kann.“

„Begeisterung bei jungen Leuten“ stellt das DIW fest: Ja, wer wäre nicht begeistert davon, 20.000 Euro geschenkt zu bekommen, auch wenn es anderen weggenommen wurde? Aber die anderen sind ja schließlich „Reiche“, da kann man dann sogar zusätzliche Befriedigung verspüren. Schließlich stimmten bei einer Befragung des Allensbach-Institutes in Deutschland sogar viele Menschen der Aussage zu, sie wären dafür, Millionäre wesentlich stärker zu besteuern, auch wenn sie selbst keinen (!) Vorteil davon hätten.

In Deutschland und Frankreich ist der Sozialneid am höchsten

Fängt man erst einmal mit 20.000 Euro für alle 18-Jährigen an, dann kann man den Gedanken schnell weiterspinnen. Wer einmal 20.000 Euro geschenkt bekommen hat, wird schnell finden, dass es zu wenig ist. Vielleicht gilt die „zu geringe“ Summe bald als neues Beispiel für „soziale Ungerechtigkeit“.

Der linke **französische(/orte/frankreich/)** Ökonom Thomas Piketty fordert sogar eine Einmalzahlung von rund 120.000 Euro an junge Erwachsene. Dafür will Piketty Reiche noch stärker besteuern – mit bis zu 90 Prozent. Auch die SPD will das Geld von den Reichen holen, durch höhere Erbschaftssteuer.

Kein Wunder, dass diese Vorschläge gerade in Frankreich und Deutschland entstanden sind. Laut einer internationalen Studie sind Frankreich und Deutschland die Länder, in denen der Sozialneid am höchsten ist:

Piketty und die SPD appellieren an den Neid – und das findet in beiden Ländern natürlich besonders dann Anklang, wenn es verbunden ist mit dem Versprechen auf eine schöne Summe auf dem eigenen Konto. Geld, das man den Reichen vorher wegnimmt.

Gleichere Vermögensverteilung? Bestimmt nicht

Würde der Zweck erreicht, den das DIW verspricht, nämlich eine gleichere Vermögensverteilung? Bestimmt nicht. Man kann erwarten, dass bei einigen Beschenkten das Geld nach wenigen Wochen weg wäre, vielleicht für ein neues Auto, eine Weltreise, tolle Partys oder eine Hermes-Handtasche. Bei anderen würde es etwas länger dauern, vielleicht ein Jahr.

Wir wissen, dass selbst bei vielen Lotto-Millionengewinnern das Geld schon nach wenigen Jahren weg ist. Mein Buch „Reich werden und bleiben“ beginnt mit einem Kapitel „Vom Millionär zum Tellerwäscher“, das mit zahlreichen Beispielen von Menschen aufwartet, die hohe Summen im Lotto gewonnen und das Geld in wenigen Monaten oder Jahren verprasst haben.

Andere werden die 20.000 Euro sinnvoll investieren, vielleicht stecken sie es in einen weltweit investierenden Aktien-ETF und warten 20 Jahre – möglicherweise hat sich der Betrag dann vervierfacht.

Das Versprechen, Reichen Geld wegzunehmen

Aber genau diese cleveren und disziplinierten jungen Leute brauchen keine 20.000 Euro vom Staat. Weil sie über die richtigen mentalen Voraussetzungen verfügen (also über das notwendige Wissen und die notwendige Disziplin), wären sie auch ohne die 20.000 Euro wohlhabend geworden.

All diese Überlegungen dürften der SPD egal sein. Wenn man mit dem Versprechen, Reichen Geld wegzunehmen und es an 18-Jährige zu verschenken, Stimmen kaufen kann, dann ist es ihnen egal, was später daraus wird – solange genug junge Leute ein Kreuz bei der SPD gemacht haben. Und wenn sie das Geld schnell verprasst haben, umso besser, denn finanziell unabhängige Menschen wählen seltener SPD.

Über den Gastautor:

Rainer Zitelmann ist Historiker und Soziologe und Autor des Buches „**Der Aufstieg des Drachen und des weißen Adlers. Wie Nationen der Armut entkommen**(<https://zitelmann-vietnam-polen.de/>)“ und des Buches „**Die 10 Irrtümer der Antikapitalisten**(<https://anti-antikapitalisten.de/>)“.